

Bundestagswahl 2017 – Wahlprüfstein 6

Unterstützung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Pflegeverantwortung

<p>In vielen Familien sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in die Pflege eingebunden. Allein in der Altersgruppe von 12 bis 17 Jahren übernehmen 5% substantielle Pflegeverantwortung für Familienmitglieder (ZQP 2017).</p> <p>Dabei leisten sie z.B. Unterstützung bei der Körperpflege, Hilfe bei Arzt- und Behördengängen, Übernahme von Haushaltstätigkeiten, psychosoziale Unterstützung, Übernahme von medizinischen Tätigkeiten und sind häufig rund-um-die-Uhr abrufbereit.</p> <p>In der Regel findet die Pflege unsichtbar für Außenstehende statt und führt häufig zu einer Rollenumkehr zwischen Erwachsenen und Kindern. Die Folgen daraus können sein: körperliche und psychosoziale Belastungen, Schulabsentismus bis hin zum Schulabbruch und somit schlechtere Bildungschancen. Wir fordern die Implementierung von Strukturen zur Wahrnehmung, Wertschätzung, Unterstützung und Entlastung junger Pfleger.</p>	
	<p>Welche Schritte will Ihre Partei umsetzen, um für diese jungen Menschen eine individuell angemessene Balance zwischen altersgerechter Entwicklung und familialer Pflegeübernahme zu ermöglichen?</p>
	<p>Wenn junge Menschen in ihrer Familie in Pflege eingebunden sind, verdient das besondere Wertschätzung und Anerkennung. Sie können von dieser Erfahrung profitieren und daran reifen. Auf keinen Fall aber sollten Kinder und Jugendliche dadurch in Überlastungssituationen kommen, sich alleine fühlen oder zu früh zu viel Verantwortung übernehmen müssen.</p> <p>Dafür ist es notwendig, dass Öffentlichkeit und Politik das Phänomen wahrnehmen und diesem ihre Aufmerksamkeit widmen. Wir brauchen eine bessere Datenlage zu den Fallzahlen und den Ausprägungen der Situationen sowie gezielte Forschung. Es müssen zügig passende und ausreichende Angebote zur zielgerichteten Beratung und Unterstützung geschaffen werden, an die sich die jungen Menschen wenden können. Wichtig ist auch eine entsprechende Vernetzung zwischen den bestehenden Akteuren aus den betroffenen Bereichen wie Jugend, Familie, Pflege, Soziales etc. Die Politik muss diese Prozesse begleiten, unterstützen und, wo nötig, nachsteuern.</p>
	<p>Pflegebedürftige erhalten die für sie notwendigen Leistungen durch die Pflegeversicherung. Insgesamt wurden die Leistungen um 20 Prozent erhöht. Jährlich stehen 5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Bis zu 500 000 Personen zusätzlich können profitieren. Kinder und Jugendliche sollten vor diesem Hintergrund nicht mehr als das im Rahmen der allgemeinen Familienunterstützung Notwendige leisten müssen. Nur so ist auch für Kinder und Jugendliche aus durch Pflege belasteten Familien ein möglichst unbeschwertes Aufwachsen wie auch eine gute Schul- und Berufsausbildung möglich.</p>

DIE LINKE.

Kein Kind, kein Jugendlicher soll dauerhaft Pflegeverantwortung übernehmen müssen! Zunächst ist alles zu unternehmen, um eine solche Belastung für junge Menschen zu verhindern. Das wird ohne eine gute Pflegeinfrastruktur und qualifizierte Pflegekräfte nicht erreichbar sein. Gerade hier erweist sich, wie notwendig wohnortnahe, bezahlbare und qualitätsgesicherte professionelle Pflegeleistungen sind. Ergänzend müssen ausreichend qualifizierte Beratungs- und Betreuungsangebote zur Verfügung stehen. Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung muss wohnort- und patientennah sichergestellt bzw. ausgebaut und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden, wozu auch eine verbindliche finanzielle Basisausstattung gehört.

Auch bei guten Pflegesachleistungen leben viele Kinder und Jugendliche in Familien, die pflegen. Allein das kann ihre Entwicklung stark belasten und verzögern. In einem Aktionsplan gegen Kinderarmut, den wir vorschlagen, müssen Kinder in Familien, die pflegen, berücksichtigt werden. Wir wollen mehr psychosoziale Beratungsangebote für Familien mit Pflegebedarf sowie erleichterte Zugangsbedingungen für psychologische Unterstützung von belasteten Kindern und Jugendlichen. JUMPs brauchen lebenslagenorientierte soziale Unterstützungsangebote und vor allem eine gesicherte Ausbildung. Eine Anlehnung an die Leistungen der Eingliederungshilfe im Bundesteilhabegesetz sollte geprüft werden. Zu den Bedarfen von Kinder und Jugendlichen in Pflegeverantwortung braucht es dringend eine spezifische Versorgungsforschung. Die Kompetenzen der Pflegekassen, der Pflegestützpunkte sowie des Medizinischen Dienstes speziell für diese jungen Menschen müssen ausgebildet werden. Eine Altersgrenze für die Anerkennung von minderjährigen Jugendlichen als pflegende Angehörige durch die Pflegeversicherung ist zu prüfen.

SPD

Pflege ist keine Privatsache und Pflegeaufgaben sollten grundsätzlich von Erwachsenen wahrgenommen werden. Wenn ausnahmsweise Kinder daran beteiligt sind, sollte die Pflege mit ihren Bedürfnissen vereinbar sein und sie nicht überfordern.

Die SPD setzt sich dafür ein, Öffentlichkeit, Verwaltung, Schulen und weitere Akteure, die regelmäßig Kontakt zu Kindern und Jugendlichen haben, für die besondere Situation von pflegenden Heranwachsenden zu sensibilisieren.

Wir wollen vor allem die Vernetzung von Akteuren aus dem medizinisch-pflegerischen, dem pädagogischen und dem sozialen Bereich sowie von Behörden und Kranken- beziehungsweise Pflegeversicherungen fördern. Damit wollen wir erreichen, dass pflegende Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen und ihnen und ihren Familien geholfen werden kann. Gespräche und Offenheit in der Familie können dazu beitragen, dass große Sorgen und Überlastung gar nicht erst entstehen. Unterstützungsmaßnahmen sollten daher auf die gesamte Familie gerichtet sein.

Wir haben die Pflegeberatung für Angehörige ausgeweitet und mehr Möglichkeiten für Pflegeauszeiten geschaffen. Diese Angebote wollen wir auch speziell für pflegende Kinder und Jugendliche weiter verbessern.